

Zerschlagt die digitalen Monopole!

Von Paul Mason

Lassen Sie mich mit einer Frage beginnen: Wie sähe, Ihrer Vorstellung nach, die Welt aus, wenn der Kapitalismus zu Ende ginge? Denkt man auch nur zwanzig Sekunden darüber nach, so erscheint mir eine berühmte These des Sozialphilosophen Frederick Jameson widerlegt: Es sei „leichter, sich das Ende der Welt vorzustellen“, schrieb dieser in seinem Buch über die Postmoderne, „als das Ende des Kapitalismus“. So weit war es in den 1990er Jahren mit uns gekommen – einer Periode der Verzweiflung, in der nichts Alternatives möglich, keine Wende vorstellbar erschien.

Heute aber – nach 2008 – habe ich durchaus keine Probleme damit, mir vorzustellen, wie das Ende des Kapitalismus aussehen wird. Die Schwierigkeit liegt woanders: Es gibt nämlich zwei konträre Versionen dieses Endes. Es gibt ein Katastrophenszenario und es gibt eine gutartige Version. In meinem Buch „Postkapitalismus“ habe ich die Alternative, vor der wir stehen, folgendermaßen beschrieben: Entweder wir machen dem Neoliberalismus ein Ende, oder die Globalisierung geht zu Bruch.¹ Unterschätzt habe ich dabei, wie schnell die Dinge sich entwickeln.

Wir geraten nämlich zusehends in eine Situation, in der es unter einfachen Leuten kaum noch Einverständnis mit der Wirtschaftsweise gibt, die die Regierenden der entwickelten Welt ihnen zumuten. Und wie alle Prozesse könnte auch dieser außer Kontrolle geraten. Es fällt nicht schwer sich vorzustellen, wie übel die Welt aussehen wird, wenn Parteien wie die AfD oder die FPÖ überall stärker werden. Die Alternative, von der ich sprach, zwingt uns deshalb zuallererst, nach einem Narrativ, einer Erzählung, einem Bezug zu suchen und eine Saite anzuschlagen, deren Klang den Rechtspopulismus auf seinem eigenen Terrain emotional zu entwaffnen vermag – ob nun in Thüringen oder dort, wo ich herkomme, in Nordwestengland, dessen Städte mit überwältigender Mehrheit für den EU-Austritt votiert haben.

Wenn wir die Entwicklung nicht aufhalten, die da vor sich geht, könnte es zu einer gewaltigen Kräfteverschiebung kommen. In deren Folge fänden wir uns womöglich in einem digitalen Feudalismus, in dauerhaften Abhängigkeiten, ja in einer Art Sklaverei wieder. Genau solche Verhältnisse sind es,

* Der Beitrag basiert auf der Keynote, die Paul Mason am 3.11.2017 auf der Konferenz „Digitaler Kapitalismus – Revolution oder Hype?“ in Berlin gehalten hat. Die Konferenz wurde von der Friedrich-Ebert-Stiftung in Kooperation unter anderem mit den „Blättern“ veranstaltet. Die Übersetzung stammt von Karl D. Bredthauer.

1 Paul Mason, Postkapitalismus. Grundrisse einer kommenden Ökonomie, Berlin 2015; vgl. auch ders., Nach dem Kapitalismus?!, in: „Blätter“, 5/2016, S. 45-60.

auf die ein Wladimir Putin, ein Donald Trump – und, ehrlich gesagt, auch ein Xi Jinping – meiner Meinung nach zusteuern: weg von universell geltenden Rechten, weg von den Idealen der Informationsfreiheit, weg von einem globalen Internet. Es gibt schon jetzt kein World Wide Web mehr, weil es balkanisiert worden ist. Die Lichter des Internets sind gelöscht und es dürfte lange dauern, bis sie wieder weltweit leuchten. Das wäre also das negative, das Katastrophenszenario.

Wir müssen dem eine positive Alternative entgegensetzen. Sicher, auch die Sozialdemokratie konnte oder wollte lange Zeit kein Bild von dem entwerfen, was nach dem Kapitalismus kommt, selbst nicht angesichts der Gestalt, die er mittlerweile angenommen hat. Tony Blair und Gerhard Schröder haben dann in den 1990er Jahren eine gemeinsame Erklärung unterschrieben und einen „Dritten Weg“, eine „Neue Mitte“ ins Auge gefasst. Es gab zwei gute Gründe dafür, dass es seinerzeit unmöglich schien, sich etwas Anderes vorzustellen. Zum einen hatte es bekanntlich ein historisches Experiment gegeben, das auf tragische und katastrophale Weise gescheitert war. In Russland, einem armen Land, hatte man versucht, per Gewaltmarsch über den Kapitalismus hinauszugelangen, stattdessen aber etwas viel Schlimmeres erreicht. Und das Schlimmste war, dass dabei die Grundlage zerstört wurde, auf der unser Projekt fußt, nämlich die Solidarität, die spontane Verbundenheit der arbeitenden Menschen und die Freundlichkeit ihres Umgangs miteinander. Als ich einen Monat nach dem Ende der Sowjetunion dorthin reiste, konnte ich nichts mehr davon finden. Es war zerstört worden.

Es gab also einen triftigen Grund zu sagen: „So etwas wollen wir nie wieder!“ Aber auch die Kritik an Leuten wie Tony Benn (dem seinerzeitigen Führer der britischen Labour-Linken) war begründet. „Selbst *Dein* Programm“, hielten Leute wie Blair Benn entgegen, „eine nationale, soziale Demokratie, ist gegenstandslos geworden. In einer globalisierten Welt kann es nicht funktionieren.“

Die Anpassungsfähigkeit des Kapitalismus

Wir kennen all die Argumente, die für diese Schlussfolgerung sprachen. Ich glaube aber, dass die Informationstechnologie heute einen anderen Weg eröffnet, der über den Kapitalismus hinausweist. Der Kapitalismus ist ein komplexes System. In den 250 Jahren seiner Existenz als Industriekapitalismus vermochte er sich wieder und wieder neuen Gegebenheiten anzupassen. Wir könnten ihn als ein komplex-adaptives System bezeichnen. Er vermag sich sowohl systemimmanent anzupassen, indem er unerwartete Sprünge macht und sich neue Ressourcen erschließt, als auch extern, indem er immer neue Bereiche des menschlichen Lebens entdeckt, die sich marktförmig organisieren lassen. Rosa Luxemburg sagte in ihrem Buch „Die Akkumulation des Kapitals“ dem Kapitalismus bekanntlich den Untergang infolge einer Unterkonsumtionskrise voraus. Eines Tages werde es nichts mehr zu kolonisieren, also für die imperialistischen Länder keine neuen Märkte mehr

zu erobern geben, weshalb mangelnder Konsum die finale Krise auslösen werde. Eine berühmt gewordene Fehlprognose! Als Luxemburg die Arbeit an ihrem Buch aufnahm, gab es in Berlin *ein* Kino, und achtzehn Monate später, als sie fertig war, gab es bereits 150. *Da* zeigte sich der neue Markt, den sie unglücklicherweise aufgrund ihrer Unterkonsumtionstheorie nicht erkennen konnte. Aber das gilt – machen wir uns nichts vor – für die meisten Marxisten: Ihre Voraussagen über das Ende des Kapitalismus erwiesen sich letzten Endes als methodisch unzureichend, sowohl was ihre Zeitbegriffe als auch was ihre Katastrophenprognosen betrifft.

In der Regel hat der Kapitalismus sich angepasst, für gewöhnlich dadurch, dass er systemintern neue Märkte schuf und neue Bedürfnisse weckte. Er ersetzte einerseits Lohnarbeiter, die gering qualifizierte, schlecht bezahlte Tätigkeiten verrichtet hatten, durch Maschinen, schuf dann aber andererseits neue Stellen für höher qualifizierte und besser bezahlte Arbeitskräfte. Sehr oft geschah dies, weil die Arbeiter selbst – was wir ihnen und den Begründern der Sozialdemokratie hoch anrechnen sollten – sich wehrten und erzwangen, dass die technologische Innovation mit Höherqualifizierung und besserer Entlohnung einherging. Eine Studie über qualifizierte Lohnarbeit im Kanada des ausgehenden 19. Jahrhunderts trägt den stolzen Titel: „We Met the Machine and Won“ – die Beschäftigten hatten sich der Herausforderung der Maschine gestellt und sahen sich als die Sieger.

Die „Informationsmaschine“, mit der wir es heute zu tun haben, ist allerdings anders. Das revolutionäre Potential der IT lässt sich nicht leugnen. Sie beschleunigt und vereinfacht die Produktion materieller Gegenstände enorm. Sie industrialisiert die Wissensproduktion und schafft organisatorische Innovationen. Zugleich erhöht sie die Produktivität des Einzelnen: Mit meinem Tablet bin ich um ein Vielfaches produktiver als Anfang der 1980er Jahre, als ich an meiner Abschlussarbeit saß. Damals hantierte ich noch mit Papier und Stift.

Die heutige Informationstechnologie schafft Gebrauchswert in enormen Größenordnungen – ganz im Sinne von „Sankt“ Marx, weshalb ich hier auf Marxsche Kategorien zurückgreife –, und anders als jede andere Maschine vor ihr schafft die „Informationsmaschine“ Gebrauchswert, der sich aus sich heraus vermehrt. Ich denke an den Computer, der sich selbst kontrolliert. Ein Rechnersystem wie Googles *Deep Mind Neural Network*, das ohne menschliche Eingriffe lernt, eröffnet ein ganz neues Kapitel der Menschheitsgeschichte.

Monopole ungekannter Größenordnung

Information ist also anders. Ich sehe vier neuartige Auswirkungen der Informationstechnologie, mit der sich Mainstream-Wirtschaftswissenschaftler schwertun, die wir aber verstehen lernen sollten. Bei der ersten handelt es sich um den Null-Grenzkosten-Effekt, der manche Dinge stark verbilligt und den Preis informationeller Güter gegen null tendieren lässt – es jedenfalls

ermöglicht, sie gratis zu reproduzieren. Information lässt alle Preise abstürzen, sei es der Preis für Bandbreiten oder Speicherkapazitäten, sei es der für Rechenleistung oder DNA-Sequenzierung – dies alles wird exponentiell billiger. Die Consulting-Firma Deloitte nimmt an, dass dieser exponentielle Rückgang der Preise für greifbare materielle Dinge aufgrund der dominierenden Rolle der Information nie mehr aufhören wird. Es wird keine Preisstabilisierung geben, meint man dort. Ich denke, diese Leute beurteilen den Kapitalismus viel zu pessimistisch. Ein Materialist würde ihm in dieser Hinsicht wohl bessere Chancen einräumen. Nichtsdestotrotz ist festzustellen, dass es zu diesem massiven Preisverfall kommen dürfte.

Effekt Nummer zwei ist die Automatisierung: Die Ablösung der Arbeitszeitdauer von der Höhe der gezahlten Löhne stellt schon eine der Auswirkungen dar, eine weitere zeigt sich darin, dass die Grenzen zwischen Arbeits- und Freizeit verschwimmen. Ich werde gleich näher auf einige Aspekte der Automatisierung eingehen. Effekt Nummer drei ist eine Vernetzung, die externe Effekte in ungeheuren Größenordnungen schaffen kann. Auch darauf werde ich gleich näher eingehen. Und viertens haben wir es mit den verstärkten Auswirkungen der Informationsasymmetrie zu tun. Die klassische Wirtschaftswissenschaft hat bekanntlich stets behauptet, die Ökonomie sei ein Ort perfekter Information – und selbst wenn sie einmal nicht perfekt sei, werde die Anomalie alsbald verschwinden. Doch *diese* wird durchaus nicht verschwinden.

Jede einzelne der genannten spontanen Auswirkungen der IT auf die Ökonomie stellt das normale Funktionieren des Kapitalismus infrage. Und dessen entsprechende, ebenso spontane Gegenreaktion erzeugt nun das Phänomen, das wir als digitalen oder Informations-Kapitalismus bezeichnen. Es sind also die Wechselwirkungen dieser vier Faktoren und der vier spontanen Gegenreaktionen, die den modernen Informations-Kapitalismus prägen. Ich möchte hier in der gebotenen Kürze auf alle vier näher eingehen.

Paul Romer, derzeit Chefökonom und Vizepräsident der Weltbank, hat 1990 erläutert, inwiefern informationelle Güter sich von anderen unterscheiden: Sie können kostenlos reproduziert werden, sie unterliegen keinem Verschleiß und sie können von mehreren Personen gleichzeitig genutzt werden. Das heißt, dass die Reproduktionskosten eines Musikstücks, was immer dessen Produktion gekostet haben mag, und die Kosten der Übermittlung dieser Musik an unzählige Handys gegen null gehen werden.

Worin besteht nun in diesem Fall die spontane Anpassungsreaktion des Kapitalismus? In der Schaffung von Monopolen, und zwar von Monopolen einer nie dagewesenen Größenordnung. Krupp und Siemens wären tief beeindruckt von Amazon oder Facebook. Anders als bei den klassischen Monopolen des 19. und 20. Jahrhunderts besteht der Daseinszweck dieser neuartigen Monopole nicht darin, Innovationen zu unterdrücken. Ihre Funktion besteht in erster Linie darin, eine korrekte Preisbildung zu verhindern. Nehmen wir beispielsweise iTunes: Sie begannen mit Musikstücken beliebiger Art für 99 Pence pro Titel. Angebotsseitig gibt es keine Probleme – das Angebot ist unbegrenzt. Die Nachfrage wechselt, aber das spielt keine Rolle. Auf

die Qualität kommt es nicht an. Wie viele Menschen für die Produktion des Stücks gebraucht wurden – ob ein ganzes Symphonieorchester oder lediglich ein Typ mit Gitarre – ist ebenfalls egal. Es kostete in jedem Fall 99 Pence, weil Apple die Macht hat, Monopolpreise zu setzen. Diese Macht verschaffte die Firma sich, indem sie einen umzäunten Garten voller materieller und elektronischer Produkte sowie Informationstechnologie schuf. Dass das nicht immer so weitergehen kann, glaube ich nur deshalb, weil es jetzt 9,99 Einheiten pro Monat kostet – ob in Pfund, Euro oder in welcher Währung auch immer. Heute, nur zehn Jahre später, bekommt man alle Musik dieser Welt zum Festpreis. Angebot und Nachfrage spielen für die Preisbildung nach wie vor keine Rolle.

Eine andere Nebenwirkung der dramatisch sinkenden Reproduktionskosten von Gütern und Dienstleistungen ist, jedenfalls in Ländern wie meinem: Schon die Absolventen, die frisch von der Business School kommen und sich fragen, was es heißt, Unternehmer zu sein, träumen von einer Monopolstellung. Sie machen sich auf die Suche nach einer Chance, die Rentenerträge abwirft, sie träumen von einem Marktengpass und davon, das erhoffte Monopol dann mit technologischen Mitteln dauerhaft bewahren und dem Rest der Welt – allen möglichen Branchen, Konsumenten und Produzenten – Gebühren für die Nutzung ihres Eigentums berechnen zu können.

So also stellt man sich in meinem Land jetzt Unternehmertum vor! Nicht etwa, dass jemand eine Erfindung macht oder dass er erst einmal Ingenieurwissenschaften studiert, nein: Jeder möchte gleich loslegen und ein Start-up gründen, das alsbald eine Monopolstellung ergattert. Das ist, sozial wie kulturell, ein bemerkenswertes Signal – es zeigt an, wie krank der „normale“ Kapitalismus inzwischen ist. In der Geschichte von Uber bündeln sich all diese Probleme in exemplarischer Form. Die Vermögensfonds der Saudis und anderer reicher Familien haben im Ausland Geldberge angehäuft, für die ihnen jedoch keinerlei produktive Verwendung einfällt. Die Gewinne, die sich mit der Massenproduktion materieller Dinge erzeugen lassen, sind eben inzwischen vergleichsweise gering, sehr gering. Wer würde etwa Foxconn besitzen wollen? Ein solcher Konzern kann nur in einer skrupellosen Diktatur funktionieren, nirgendwo sonst. Weil Foxconn – berüchtigt ob seiner Praxis, Beschäftigte unterschreiben zu lassen, dass sie keinen Suizid begehen werden – als Zulieferer mit so niedrigen Gewinnspannen arbeitet, kann Apple *seine* Gewinnspannen halten. Die erste Aktions-Reaktions-Sequenz besagt also: sinkende Preise schaffen gigantische Monopole.

Automatisierung als Verheißung

Die zweite betrifft die Automatisierung. Mit der Informationstechnologie verband sich lange die Befürchtung, mit ihren Robotern, mit Automatisierung und Künstlicher Intelligenz werde sie mehr Arbeitsplätze zerstören als neue schaffen. Die Befürchtung ist begründet, denn wo tatsächlich automatisiert wurde, geschah genau dies. Natürlich besteht das Problem nicht

schlicht darin, dass die IT einen Arbeitsplatz vernichtet und den Arbeiter einfach durch einen Roboter ersetzt. Es geht vielmehr darum, dass die Automatisierung es ermöglicht, die gleichen Tätigkeiten mit viel, viel weniger Leuten zu verrichten. Ich selbst schätze mich glücklich, dass ich in meiner Studentenzeit die Chance hatte, nebenher in einer Metallfabrik zu arbeiten. Ich stand da an einer hydraulischen Presse, um ein Stück Metall auszustanzen. In der entwickelten Welt tut so etwas heute kein Mensch mehr. Alles wird durch Roboter erledigt und diese Maschinen arbeiten viel präziser als jeder Mensch – mag er noch so qualifiziert und geübt sein (und ich war keineswegs geübt, wie der anwachsende Stapel missratener Werkstücke neben mir stets dokumentierte).

Aber das ist nicht alles. In Großbritannien herrschte lange Zeit die Überzeugung, das Land habe den Zweiten Weltkrieg gewonnen, weil es in der Erfindung von Werkzeugmaschinen seinen Feinden überlegen war. Nun, heute werden Werkzeuge von Computern entworfen. Ihre Entwicklung wurde automatisiert. Das gilt nicht etwa nur für die Produktion – selbst die Entwicklung kann schon im Entwurfsstadium automatisiert werden. Diese Form der Automatisierung dürfte sich letzten Endes durchsetzen, doch es gibt ein Problem: Die verbreitete Reaktion besteht nämlich darin, *nicht* zu automatisieren! Die spontane Reaktion der Leute – der Firmen wie der Regierungen – läuft vielmehr darauf hinaus, prekäre Arbeitsplätze zu schaffen. Das geschieht spontan, behaupte ich, ohne theoretische Begründung. So entstehen „Millionen von *bullshit jobs*“, wie es der Ethnologe David Graeber ausdrückt, „Schwachsinnjobs“ eben, die es nicht geben müsste.

Es stimmt also durchaus, wenn Carl Benedikt Frey und Michael A. Osborne, zwei Experten von der Universität Oxford, feststellen, 47 Prozent sämtlicher Berufstätigkeiten könnten innerhalb der nächsten dreißig Jahre automatisiert werden. Sie könnten – aber sie werden es nicht. Hier haben wir die zweite Problematik: Wir wären technisch dazu in der Lage, massenhaft zu automatisieren, aber es kommt nicht dazu. Die jüngsten Beschäftigungszahlen aus Amerika sprechen für sich: Für Leute ohne Oberschul- oder Hochschulabschluss herrscht dort nahezu Vollbeschäftigung. Die Gruppe derer, die mit 16 oder 18 Jahren von der Schule abgingen, hat – soweit sie noch berufstätig sind, denn natürlich sind viele krank und manche im Gefängnis – zu fast 97 Prozent Arbeit. Und worin besteht diese? In Tätigkeiten, die in einer voll automatisierten und informationsgesättigten Gesellschaft nicht wirklich von Menschen verrichtet werden sollten, weil Maschinen sie erledigen könnten.

Werfen wir jetzt einen Blick auf Nummer drei der spontanen Anpassungsreaktionen des Kapitalismus: den Netzwerkeffekt. Was der bedeutet, wurde schon vor hundert Jahren erkannt. Theodore Vail, der Chef des Unternehmens *Bell Telecom*, erklärte ihn folgendermaßen: „Je mehr Menschen das Netzwerk erfasst, desto nützlicher ist es und desto größer ist sein kommerzieller Wert.“ Netzwerkeffekte haben soziale, kulturelle und wirtschaftliche Auswirkungen, die über die dem Kapitalismus vertraute Transaktionsform hinausgehen. Dessen Gesetz besagt: Ich kaufe etwas von dir, du bist verpflichtet, es mir auszuhändigen, und ich gebe dir einen bestimmten Geld-

betrag dafür – das ist ein Geschäft, eine Transaktion. Wenn wir aber hier zu Hunderten versammelt sind und auf andere Weise miteinander kommunizieren, schaffen wir – über den Internet-Livestream, über unsere Tweets, über private Mitteilungen – eine sehr viel größere Informations-Cloud, die im Sinne der herkömmlichen Ökonomie eine Externalität darstellt.

Die spontane Reaktion besteht nun darin, dass vor allem die Monopole es inzwischen sehr gut verstehen, solche Externalitäten zu bewirtschaften. Allerdings ist nicht einzusehen, warum aller ökonomische Wert, der aus unserer Kommunikation erwächst – wenn ich eine Mitteilung schreibe und dann per E-Mail versende oder wenn ich mir ein Video anschau, das jemand mir schickte –, dem Monopolunternehmen gehören soll. Kein Gesetz verlangt so etwas, doch genau dies geschieht: die private Aneignung der externen Effekten geschuldeten Wertschöpfung. Und die Aneignung erfolgt systematisch, auf breiter Front, natürlich nicht nur durch Technologie-Monopole, sondern auch durch große Einzelhandelsketten, Fluggesellschaften oder beispielsweise Verlagskonzerne.

Wer weiß schon, auf welcher Seite die meisten aufhören, Thomas Pikettys Buch „Das Kapital im 21. Jahrhundert“ zu lesen? Auf Seite 27! Ich weiß das, weil jemand von Amazon Kindle es mir gesagt hat. Die wissen, was los ist. Wir sollten uns unbedingt klarmachen, was sie über jeden von uns wissen. Eine Firma wie *Cambridge Analytica* etwa besaß 300 000 bis 400 000 Datenpunkte über Menschen, die für den Brexit oder für Donald Trump votierten. Da wurde jede Menge Information angehäuft, aber ökonomisch gesehen handelt es sich um eine Externalität. Es gibt deshalb keinen vernünftigen Grund dafür, dass die akkumulierte Information *Analytica gehört*. Damit stellt sich im gegenwärtigen Kapitalismus eine neue Eigentumsfrage, die es bei herkömmlichen Industriebetrieben so nicht gab. Industriearbeiter, auch gewerkschaftlich aktive, sagten noch: „Mir ist klar, warum der Chef Profit macht; schließlich hat er den Betrieb aufgebaut.“ In dieser Hinsicht ist das Fragezeichen heute deutlich größer.

Nun zum vierten und letzten Punkt: der informationellen Asymmetrie. Hier besteht die spontane Reaktion darin, sie als rechtmäßig zu akzeptieren. Theoretisch heißt es im Kapitalismus, Information müsse jeder und jedem zugänglich sein – es dürfe da keine Asymmetrie, kein Machtungleichgewicht geben. Doch wenn es um Amazon, Google, Facebook, die großen Fluggesellschaften oder Big Business geht, bescheinigt jede Verfügung, jede Regulierungsmaßnahme der EU-Kommission oder der US-Bundesregierung diesen Firmen, dass sie zu Recht mehr Information besitzen als unsereiner.

Grundeinkommen und grundlegende Dienstleistungen

Lassen Sie mich deshalb jetzt in aller Kürze umreißen, wie das Programm der sozialen Demokratie in dieser Hinsicht meines Erachtens aussehen sollte. Die Antwort auf ein Monopol lautet: Man muss es zerschlagen. Monopole muss man aufbrechen und entflechten. Genau das hat Theodore Roosevelt

einst getan. Die Europäische Union ist uns den Beweis, dass sie ein Monopol brechen kann, bisher schuldig geblieben.

In diesem Punkt sind Evgeny Morozov und ich allerdings unterschiedlicher Meinung. Er findet nämlich, es sei vielleicht vernünftiger, eine öffentliche Infrastruktur zu schaffen und dabei zwar den Fortbestand der privaten Monopole zuzulassen, diesen aber zu verbieten, auf der Basisebene einer solchen Infrastruktur zu operieren.² Es gibt also zwei Wege. *Mein* Weg würde dazu führen, dass es zehn Facebooks gäbe statt der einen Monopolfirma, genauso wie es heute zehn Banken gibt (oder in meinem Land fünf), die alle problemlos koexistieren und kooperieren. Von mir aus könnten die zehn neuen Firmen alle „Facebook“ heißen. Worauf es ankäme, wäre eben, dass es zehn Betreiberfirmen gibt, die miteinander konkurrieren. Es käme zu einer Preiskonkurrenz. Ob Amazon oder Apple oder Spotify – sie könnten dann preislich miteinander konkurrieren, weil es statt der Monopolfirma eben beispielsweise zehn Spotifys gäbe. Niemand zeigt sich bisher interessiert, diesen Weg zu gehen, aber man stelle sich nur einmal vor, es käme soweit. Dadurch entstünde eine gänzlich andere Dynamik.

Ein zweiter Punkt wäre: Um wirksam gegen prekäre Beschäftigungsverhältnisse vorzugehen, bedürfte es einer viel radikaleren Vision. Als Sozialdemokraten sollten wir meiner Überzeugung nach Automatisierung begrüßen. André Gorz hatte recht, und zwar nicht nur in Sachen Marxismus (sorry, Karl), sondern auch mit Blick auf eine sehr gemäßigte Sozialdemokratie (sorry, Friedrich): Wir müssen über die arbeitsbasierten Utopien hinausgelangen! Spätestens gegen Ende des 21. Jahrhunderts wird es nicht mehr genug Arbeit geben. Schon heute verschärft sich die Konkurrenz um Arbeitsplätze selbst in Berufen mit hoher Fachkompetenz. In England beispielsweise sind die meisten Schauspielerinnen und Schauspieler heute Privatschulabsolventen und sehr reich, während Leute aus der Arbeiterklasse, die früher Schauspieler geworden wären, sich dies nicht mehr leisten können. Den Konkurrenzkampf um Schauspielerkarrieren haben also bereits die Betuchten gewonnen. Was kommt als Nächstes? Ein Krieg der Geschlechter, wenn wir ihn zulassen. Es werden wieder mehr Männer kommen und sagen: „Dieser Job ist Männersache!“ Ganz verschwunden war diese Einstellung nie, aber es könnte zu einem starken Backlash kommen.

Um das zu verhindern, müssen wir uns für radikale und beschleunigte Automatisierung einsetzen, ja, Begeisterung dafür wecken. Das geht aber nur, wenn die Sache subventioniert wird. Hier kommt das Grundeinkommen ins Spiel: als Voraussetzung und Begleitung dieses Prozesses. Eine zweite Voraussetzung wären grundlegende Dienstleistungen, die für prekär Beschäftigte günstig oder gratis bereitgestellt werden. Wenn wir Labour-Leute Uber- oder Deliveroo-Fahrer zu agitieren versuchen, sagen die uns: „Na ja, von einer Gewerkschaft versprechen wir uns nicht viel. Was haben wir schon von fünf Prozent mehr Lohn! Was wir brauchen, sind billige Wohnungen und niedrige Fahrpreise. Bitte, kümmert euch lieber um die Kosten

2 Vgl. Evgeny Morozov, *Silicon Valley oder die Zukunft des globalen Kapitalismus*, in: „Blätter“, 1/2018, S. 93-104.

fürs Wohnen, für Verkehrsmittel, für Bildung und Erziehung!“ Dafür gibt es einen ganz elementaren ökonomischen Grund: Wir müssen die Kosten für die Reproduktion der Arbeitskraft senken.

Und was schließlich ganz außer Frage steht, ist die Notwendigkeit, den Menschen informationelle Rechte zu geben. Es ist moralisch, rechtlich und regulatorisch falsch zu versuchen, eine informationelle Asymmetrie zu schaffen oder zu erhalten. Der Staat, der in den meisten europäischen Ländern dreißig bis vierzig Prozent der Wirtschaftsleistung erbringt, kann hier mit gutem Beispiel vorangehen, indem er etwa einer Mobiltelefonfirma sagt: „Leute, Ihr könnt nicht die öffentlichen Frequenzen nutzen, um euren Handy-service zu betreiben, und dann fünfzig verschiedene Tarife schaffen, die den Verbraucher im Dunkeln darüber lassen, welcher der beste ist. Ihr müsst klar sagen, welcher der beste ist.“ Im Ergebnis wird es dann natürlich nur einen Preis, nur einen Tarif geben.

Ethische Standards für die künstliche Intelligenz

Das viel größere Problem ist letzten Endes die künstliche Intelligenz (KI). Wenn wir über die nächsten fünf Jahre hinausdenken und die nächsten fünf Jahrzehnte ins Auge fassen, müssen wir uns unbedingt vertieft mit ihr beschäftigen, denn die informationelle Asymmetrie ist unübersehbar geworden. Obwohl ich mich mit KI-Fragen befasse und das KI-Geschäft untersuche, vermag ich keine Auskunft über die KI-Strategie zu geben, die von den fünf Hauptakteuren auf diesem Feld verfolgt wird. Einer dieser Akteure ist der chinesische Staat: Ich habe keine Ahnung, was der entwickeln will. Was Google betrifft, habe ich immerhin eine grobe Vorstellung, weil dieser Konzern bisher am offensten verfährt und sich mehr als andere bemüht zeigt, einen ethischen Rahmen zu schaffen. Aber auch hier ist alles von Geschäftsgeheimnissen umhüllt. Über den Rest – Facebook, die Fluglinien, den amerikanischen Staat – kann ich nur sagen: Im Grunde weiß man nicht, was sie vorhaben.

Es kommt mir vor, als schaute man dem Entstehen der ersten Fabrik zu, die je gebaut wurde, und murmelte im Weitergehen: „Okay, vielleicht wird es davon bald zwanzig weitere geben.“ Aber wenn man sich an die Menschen wendet, die sich auskennen, hört man nur: „Ich verrate dir nicht, was ich vorhabe. Vielleicht wird es eine Baumwollspinnerei, vielleicht eine Tabakfabrik. Wir verraten nichts.“ Da muss der Staat eingreifen. Nicht als Konkurrenz, denn mit der US-Regierung kann man nicht konkurrieren. Vielleicht könnte die Europäische Union eine eigenständige KI-Entwicklung zustande bringen. Aber worum wir uns vor allem kümmern müssen, ist Folgendes: Was auch immer entwickelt wird, muss eindeutig ethischen Standards genügen und es muss eindeutig mit Vorsicht geschehen. Lasst die Finger von etwas, dessen Auswirkungen ihr nicht absehen könnt – genau wie in der Medizin. Keine der klassischen Regeln, die jedes Krankenhaus bei medizinischen Untersuchungen einhalten muss, ist für die großen KI-Anbieter bislang ver-

bindlich gemacht worden. Da müssen wir also ansetzen und die breite Bevölkerung wird es uns danken.

Was aber nützt uns das? KI kann zu schnellstmöglicher Automatisierung beitragen, und mehr als das. KI kann Probleme lösen, weil sie lernfähig ist. Maschinelles Lernen wird uns dabei helfen, all die Riesenprobleme zu lösen, deren planmäßige Lösung bisher für unmöglich gehalten wurde. „Eine Stadt wird niemals nach Plan funktionieren“, hieß es. Und das gleiche sagte man, wenn es um die Rationalisierung ganzer Branchen ging. Aber lernfähige Maschinen können uns helfen, solche Aufgaben zu lösen, wenn wir es schaffen, in Verbindung mit ihnen zu bleiben und zu begreifen, was sie uns sagen. Mit diesem Gedanken möchte ich schließen.

Ich denke, die Sozialdemokratie kann ein Narrativ aus alledem machen. Es muss nicht so klingen wie das hier vorgetragene, und es muss nicht in der technokratischen Sprache formuliert sein, in der Wissenschaftler sich darüber austauschen. Es kann ein Narrativ sein, das vielen Menschen unmittelbar einleuchtet: Man könnte einen sehr anständigen Job haben, ohne dass der einen die ganze Woche in Atem hält. Die frei werdende Zeit – ich weiß, wie sehr die Deutschen ihre Hobbys, ihre Freizeit und ihren Lieblingssport schätzen! – die gewonnene Freizeit wird viel größer und reicher sein als heute.

Wir werden keinen Mangel leiden, weil der Staat eingreifen und dafür sorgen wird, dass alles billiger und – wo immer es möglich ist – kostenlos oder sehr, sehr günstig zu haben sein wird. Natürlich wird es, ökonomisch gesehen, nicht wie in einer auf Wachstumssteigerung fixierten Gesellschaft zugehen. Stattdessen werden wir in einer sehr, sehr glücklichen Gesellschaft leben. Nun ja, wenn ich britischen Zuhörerinnen und Zuhörern mit dieser Vision komme, reagieren sie noch ziemlich skeptisch. Ich bin aber sicher, dass das Ethos des deutschen Fortschrittsdenkens – moralisch und kulturell – für diese Erzählung vom guten Leben aus historischen Gründen sehr aufgeschlossen ist. Hier versteht man sich eher als „zoon politikon“ im aristotelischen Sinn. Der „homo oeconomicus“ hat die Deutschen nie überzeugt.

Sie haben sich meiner Meinung nach nie einreden lassen, dass im menschlichen Leben letztlich alles auf Marktprozesse reduziert werden kann, jedenfalls nicht so wie es Engländern und Amerikanern passiert ist. Deshalb hat die Diskussion darüber, wie die Vision vom guten Leben sich verwirklichen ließe, in Deutschland viel bessere Startbedingungen.